

# Landtag erhöht OKP-Beitrag nicht

**Debatte** Der Landtag will den Druck bei den Gesundheitskosten hochhalten. Der Staatsbeitrag an die OKP soll nicht wie von der Freien Liste gefordert um 10 Millionen erhöht werden. Symptombekämpfung bringe nichts, so der Tenor im Landtag.

VON DORIS QUADERER

Die Freie Liste hatte gestern im Landtag beantragt, dass sich der Staat wieder stärker an den Gesundheitskosten beteiligt. Der FL-Abgeordnete Thomas Lageder räumte zwar ein, dass die gewichtete Durchschnittsprämie im Vergleich zum Jahr 2016 von 347 Franken auf 317 Franken also um rund 9 Prozent gesunken sei. Doch langsam begännen die Versicherten zu verstehen, wie teuer diese Prämienreduktion mit der KVG-Revision erkauft worden sei. «Denn im Gegenzug sind Franchise und Selbstbehalt für alle gestiegen. Es handelt sich bei dieser Reduktion keineswegs um eine Kosteneinsparung, sondern lediglich um eine Verlagerung der Kosten hin zu den Kranken, zu denjenigen, die Leistungen beziehen», kritisierte Lageder. Dass diese Kranken dabei eine echte Wahl hätten, ob sie diese Leistungen beziehen wollen oder nicht, bezweifelt Lageder. Eine Erhöhung des Staatsbeitrages an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung um 10 Millionen Franken würde die Prämienzahler hingegen um monatlich rund 36 Franken entlasten. Schliesslich befürchtete die Freie Liste, dass sich sonst der Mittelstand die Prämien bald nicht mehr leisten könne. Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag von Mario Wohlwend, (VU) welcher den Staatsbeitrag gerne um 4 Millionen Franken erhöht hätte.

## Nicht in alte Muster zurückfallen

Wendelin Lampert (FBP) führte aus, dass es natürlich verlockend klinge, den Staatsbeitrag von 33 Millionen Franken auf 43 Millionen zu erhöhen. Er fragte aber: «Wer soll das finanzieren, ohne dass wir nicht wieder neue Sparpakete schnüren müssen?» Lampert rechnete vor, dass der Staat auch an anderen Stellen sehr hohe Beiträge an das Gesundheitswesen leiste. Schliesslich gebe es noch zusätzliche Staatsbeiträge, beispielsweise für Prämienverbilligungen oder an Spitäler und so weiter. Ausserdem gab er zu bedenken, dass es diesen Staatsbeitrag an die OKP in der Schweiz nicht gibt und daher die Prämien im Vergleich zur Schweiz auch relativ tief sind. Eigentlich müssten sie viel höher sein, denn schliesslich seien die Kosten pro Kopf in Liechtenstein um durchschnittlich 44 Prozent höher als in der Schweiz. Auch Elfried Hasler (FBP) warnte vor einer Erhöhung des Staatsbeitrages:



Während der FL-Abgeordnete Thomas Lageder (links) gerne den Staatsbeitrag an die OKP erhöht hätte, warnten Wendelin Lampert (FBP) und Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini (Mitte) davor, in alte Muster zurückzufallen. (Fotos: Zanghellini)

«Wir sollten nicht in das alte Muster zurückfallen und Kostensteigerungen durch erhöhte Staatsbeiträge kaschieren und Symptombekämpfung betreiben. Wir müssen das Problem bei der Wurzel packen.» Ähnlich sah es Christoph Wenaweser (VU): «Wir haben ein Kostenproblem und dem Kostenproblem kommen wir nicht bei, wenn wir den Staatsbeitrag an die OKP erhöhen.» Man habe jetzt einen Anfang gemacht mit dem neuen Krankenversicherungsgesetz, jetzt solle man zuerst einmal abwarten, wie dieses Gesetz nun wirke, so Wenaweser.

## Druck muss hoch bleiben

Auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini warnte eindringlich davor, die steigenden Kosten im Gesundheitswesen einfach durch höhere Staatsbeiträge zu kaschieren. Damit nehme man den Druck, im Gesundheitswesen zu handeln und die Kosten weiter zu senken. Schliesslich bestehe im Gesundheitswesen nach wie vor ein Mengenproblem. Zwar seien die Kosten durch Tarifreduktionen gesunken, aber die konsumierte Menge sei gleich hoch geblieben. Jetzt müsse der Staat darauf achten, dass die Menge reduziert werde: «Was wir jetzt nicht an Wachstum verhindern, das wird uns später doppelt und dreifach strafen.



Denn das Kostenwachstum ist exponentiell», warnte Pedrazzini.

## Neues System beschlossen

Die Regierungsvorlage sieht vor, dass der Staatsbeitrag an die OKP von 33 Millionen Franken auf 29 Millionen Franken gesenkt wird. Gleichzeitig soll der Anteil der vom Staat übernommenen Behandlungskosten des Landesspitals demjenigen der anderen Spitäler, bei denen der Staat einen Beitrag leistet, um rund vier Millionen Franken erhöht werden. Bisher übernimmt der Staat 23 Prozent der Kosten der stationären Behandlungen des Landesspitals, die Krankenkassen müssen dort 77 Prozent der Kosten tragen. Bei Vertragsspitalern der Grundversicherung in der Schweiz übernimmt der Staat jedoch 55 Prozent der Kosten, während die Krankenkassen lediglich 45 Prozent zahlen müssen. Im Sinne der Gleichbehandlung sowie der Vergleichbarkeit der Spitalkosten mit der Schweiz soll der Staatsanteil beim Landesspital nun ebenfalls auf 55 Prozent angehoben werden. Für das Landesspital ändert sich dadurch lediglich der Finanzierungsschlüssel, die Massnahme ist für das Spital kostenneutral.

Damit der Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenversicherung je-

«Was wir jetzt nicht an Wachstum verhindern, das holt uns später doppelt und dreifach ein.»

MAURO PEDRAZZINI  
GESELLSCHAFTSMINISTER

## Auf Kurs

### Landtag voll des Lobes für die LLB

**VADUZ** Nicht nur, weil die Beteiligung des Landes als Hauptaktionär, direkte Steuern und die Abgeltung der Staatsgarantie insgesamt 38,4 Millionen Franken in die Staatskasse spülten, wurde der Geschäftsbericht 2016 der Liechtensteinischen Landesbank (LLB) gestern im Landtag von den Abgeordneten mit Freuden zur Kenntnis genommen. Mit lobenden Worten wurde auch das Konzernergebnis von 103,9 Millionen Franken (+20,4 Prozent) erwähnt. Ebenso die gestiegenen Kundenvermögen von 46,4 Milliarden sowie Kundenausleihungen von 11,5 Milliarden fanden Beachtung. «Die Strategie Fokus 2015, welche ein harter Weg war, hat sich ausgezahlt und trägt nun reife Früchte», erkannte Thomas Lageder (FL) an. Dass auch internationale Ratingagenturen wie Moody's der LLB Bestnoten beschert, wurde ebenfalls gewürdigt. «Die LLB bewegt sich mit dem Depositenrating von Aa2 in der Top-Liga der Liechtensteiner und Schweizer Banken», betonte etwa der stellvertretende FBP-Abgeordnete Michael Ospelt. Er wies zudem darauf hin, dass die LLB ein wichtiger Arbeitgeber im Land sei und mit dem «Swiss Arbeitgeber Award» ausgezeichnet wurde. Mit der nachfolgenden Strategie «StepUp 2020» beweise die LLB ausserdem, «wie sie Innovation und Tradition miteinander zu verknüpfen weiss und hat erkannt, dass eine Kombination aus Mensch und Maschine» den entscheidenden Faktor für Wachstum und Wohlstand darstellt. Doch auch der Blick zurück zeigt eine erfreuliche Entwicklung. So bemerkte etwa der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser, dass die Bank nicht nur Steuerstreitigkeiten weitestgehend bereinigt hat, sondern auch hohe Kreditabschreibungen sowie den Umbruch in der Konzernstruktur positiv bewältigt habe. Günter Vogt (VU) übte aber auch Kritik. Die Vergütungen der Geschäftsleitung würden sich auf sehr hohem Niveau bewegen. Die Regierung würde wohl angesichts solcher Zahlen «feuchte Augen bekommen» und solle dies beobachten und notfalls gegensteuern. Regierungschef Adrian Hasler entgegnete, dass sich die Gehälter einerseits im Durchschnitt vergleichbarer Banken bewege - teils sogar darunter. «Obwohl ich manchmal trotzdem feuchte Augen bekomme», scherzte er. Ausserdem sei das neue Vergütungs-



Der Stv.-FBP-Abgeordnete Michael Ospelt betonte auch die Wichtigkeit der LLB als Arbeitgeber im Land.

system von Experten gelobt worden. Der Kritik des stellvertretenden Abgeordneten Alexander Batliner (FBP) nahm sich Hasler ebenfalls an: Dass das Konzept sowie einige Fotografien im Geschäftsbericht von Zürcher Unternehmen durchgeführt wurden anstatt diese Aufträge im Land zu vergeben, stiess dem Abgeordneten sauer auf. Die Unternehmen hätten schliesslich eine Verantwortung gegenüber dem Land. Der Regierungschef kündigte an, dies in der Geschäftsleitung einzubringen. (df)

## ZAHLEN UND FAKTEN

### Steuergelder im Gesundheitswesen

Ein Drittel an der Finanzierung der Krankenpflegeversicherung wird durch Steuergelder gedeckt. Steuergelder werden einkommensabhängig erhoben, daher zahlen Personen mit hohem Einkommen anteilmässig mehr an das Gesundheitswesen als Personen mit geringem Einkommen.

Durch folgende Instrumente beteiligt sich der Staat am Gesundheitswesen:

- Mitfinanzierung der obligatorischen Krankenpflegeleistung
- Beiträge an Spitäler
- Übernahme von 90 Prozent der Kosten für die Behandlung der Kinder
- Prämienverbilligung für einkommensschwache Versicherte

## LKW-Geschäftsbericht

### Lange Debatte über Steuern und Technik

**VADUZ** Der Geschäftsbericht der LKW hat gestern Abend für eine lange Diskussion im Landtag gesorgt. Eigentlich erstaunlich, denn das Unternehmen konnte gute Zahlen vorweisen. So schrieben die Liechtensteinischen Kraftwerke 2016 einen Gewinn von 7,8 Millionen Franken, das ist zwar weniger als im Vorjahr, aber dennoch ein solides Ergebnis. Von dem Gewinn fliessen aufgrund der Eignerstrategie 2,4 Millionen Franken an Dividenden an das Land Liechtenstein. Einigen Abgeordneten war dies zu wenig. So monierte Günther Vogt (VU) einmal mehr, dass es nicht sein könne, dass das Unternehmen aufgrund des hohen Eigenkapitals lediglich die Mindestertragssteuer bezahle. Sein Parteikollege Christoph Wenaweser gab zu bedenken, dass es nicht zielführend wäre, wegen eines einzelnen Staatsbetriebs, das Steuergesetz zu ändern: Eine Aussage, wel-

che unter anderem auch Wirtschaftsminister Daniel Risch stützte.

## Erstes Land komplett mit Glasfaser

Intensiv wurde auch über den Glasfaserausbau diskutiert, welchen die LKW derzeit stark vorantreiben. Verschiedene Abgeordnete begrüsst diese. Er sei froh, dass die LKW so hohe Reserven hätten, betonte Alexander Batliner (Stv. FBP). Schliesslich könnten die LKW so den Glasfaserausbau in Eigenregie stemmen. «Es hätte sicher grosse Diskussionen gegeben, wenn das Land Liechtenstein für diese Infrastruktur 40 Millionen Franken hätte bereitstellen müssen», zeigte sich Batliner überzeugt und führte an: «Wir haben nun die Chance, das erste Land der Welt zu werden, das flächendeckend den Glasfaserausbau schafft.» Kritisch durchleuchtete Thomas Rehak (DU) den Geschäfts-

bericht. Er zeigte sich davon überzeugt, dass die LKW mit ihren Strompreisen den Kunden das Geld aus der Tasche ziehen würden. «Ist es nötig, dass der Gewinn aus den Netzen beim LKW derart hoch ist?», fragte er.

## Totgeburt Onlinehandel

Sauer stiess den Abgeordneten auf, dass die LKW den teuer beworbenen Online-Shop nach kurzer Zeit in den Sand gesetzt hatten. Das sei von Anfang an eine Totgeburt gewesen, merkte Frank Konrad (VU) an. Gespannt sind die Abgeordneten darauf, wie es mit dem Elektrofachhandel weitergeht. Schliesslich hatte sich auch der Laden in Schaan nicht als rentabel erwiesen. Daniel Risch erklärte, dass der Verwaltungsrat hier ein neues Konzept beschlossen habe, um den Laden weiter betreiben zu können. (dq)



Während Wirtschaftsminister Daniel Risch die vielen Fragen zum LKW-Bericht beantwortete, begann draussen lautstark die Harmoniemusik zu spielen. Er nahm es mit Humor: «Ja, hier spielt die Musik! Die habe ich aber gar nicht bestellt», meinte er lachend.